

PRESSEMITTEILUNG

Aktionsbündnis Forum Natur kritisiert Scheinbeteiligung und Ungleichbehandlung durch das Bundesumweltministerium

„Die Bundesregierung muss die Expertise der Landnutzer ernst nehmen und nutzen.“

Berlin. 14. Juni 2022. Das Aktionsbündnis Forum Natur (AFN) kritisiert die unzureichende Frist für eine Stellungnahme zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes: „Es ist nicht akzeptabel, am Freitagnachmittag einen Gesetzentwurf zu erhalten und nur bis zum darauffolgenden Montag Zeit für eine Stellungnahme zu haben“, erklärt Max von Elverfeldt, Vorsitzender des Aktionsbündnis Forum Natur.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz hatte am Freitagnachmittag, 10. Juni 2022 den Entwurf für eine Formulierungshilfe zur Vierten Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes an Verbände versendet und eine Frist zur Stellungnahme bis Montag, 13. Juni 2022, eingeräumt. „Das Bundesnaturschutzgesetz und dessen Änderung haben potenziell große Auswirkungen auf alle Landnutzer. Wir bringen unsere Expertise gerne ein und wirken konstruktiv an einer praxistauglichen Gesetzgebung mit. Aber mit dieser Form der Scheinbeteiligung ist dies nicht möglich“, kritisiert Elverfeldt.

Zudem zeigt sich Elverfeldt irritiert, dass der Naturschutzbund (NABU) bereits am 8. Juni 2022 eine Pressemeldung veröffentlicht hatte, in der auf den Entwurf Bezug genommen wird. „Dies lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Die Naturschutzverbände wurden vorab informiert. Sie werden im Bundesumweltministerium bevorzugt behandelt. Das können wir nicht akzeptieren,“ so Elverfeldt.

Das Aktionsbündnis Forum Natur vertritt in den in ihm zusammengeschlossenen Verbänden rund 6 Millionen Menschen.

Kontakt

Aktionsbündnis Forum Natur, c/o Familienbetriebe Land und Forst
Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Tel: 030 – 2463046-0, Fax: 030 – 2463046-23
Mail: info@forum-natur.de; Internet: www.forum-natur.de